



Michael Schrodi
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Michael Schrodi zur Krankenhausreform: Qualitätsverbesserung statt Panikmache! Bestand des Fürstentfeldbrucker Kreiskrankenhauses ist sicher

Olching, 03.03.2023

Michael Schrodi, MdB
Ilzweg 1
82140 Olching
Telefon: +49 8142 501 0589
Fax: +49 8142 501 3962
michael.schrodi.wk@bundestag.de

Berliner Büro:
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Büro: Jakob-Kaiser-Haus
Raum: 2.421
Telefon: +49 30 227-77541
Fax: +49 30 227-70541
michael.schrodi@bundestag.de

Finanzpolitischer Sprecher
der SPD-Bundestagsfraktion

Das Kreiskrankenhaus Fürstentfeldbruck bleibt selbstverständlich nicht nur erhalten, es wird sogar gestärkt. Das sieht die von der Bundesregierung in einem ersten Entwurf vorgelegte Krankenhausreform vor. Die in der CSU-Parteizentrale verfasste und von den örtlichen CSU-Abgeordneten verbreiteten Pressemitteilungen, mit denen Panikmache statt sachorientierter Arbeit betrieben wird, bedarf zahlreicher Richtigstellungen und Einordnungen. Michael Schrodi, der SPD-Bundestagsabgeordnete für Dachau und Fürstentfeldbruck, erklärt: „Die bayerische Staatsregierung spielt mit den Ängsten der Bürgerinnen und Bürger. Dabei verschweigt die CSU: Wie konkret es mit dem Kreiskrankenhaus weitergeht, das liegt alleine an der Bayerischen Staatsregierung.“

Eine umfassende Krankenhausreform in Deutschland ist seit längerem überfällig. Die Bundesregierung hat hierzu eine Expertenkommission eingesetzt, die vor kurzem einen ersten Vorschlag veröffentlicht hat. Ein erstes Eckpunktepapier soll im Juli folgen. Die Richtung stimmt, ist sich Michael Schrodi sicher: „Die ersten Vorschläge machen deutlich, dass wir eine flächendeckende, wohnortnahe medizinische Versorgung erhalten und gleichzeitig sehr teure Fehlanreize beenden wollen.“

Dazu werden die bestehenden Krankenhäuser in drei Level eingeteilt. In welches der drei Level die Kreiskrankenhäuser aus dem Wahlkreis eingeteilt werden, stehe zum jetzigen Zeitpunkt abschließend noch gar nicht fest. Zur Erläuterung: Zu Level 1 werden Krankenhäuser mit Grundversorgung gehören, die noch einmal unterteilt werden in Häuser mit Notfallversorgung und solche mit ambulant/stationärer Versorgung. Level-2-Krankenhäuser übernehmen auch besagte Schwerpunktversorgung, sie sind auf bestimmte Gebiete spezialisiert. Level-3-Krankenhäuser stellen eine



Maximalversorgung, zu ihnen werden aller Voraussicht nach auch die bestehenden Universitätskliniken gehören.

Nach heutigem Stand bekäme das Kreiskrankenhaus den Status eines Level-1n-Krankenhauses, wäre also wie bisher ein Krankenhaus mit Notfallversorgung. Nicht erst mit der zuletzt in den Bund-Länder-Gesprächen zugesagten Länderöffnungsklausel haben die Bundesländer bei der Umsetzung der Krankenhausreform wichtige Aufgaben und Ermessensspielräume.

„Ob Fürstenfeldbruck ein Krankenhaus mit Notfallversorgung bleibt, obliegt der im Herbst neu zu wählenden Bayerischen Staatsregierung. Sie muss die Versorgungsnotwendigkeit klar definieren und dabei Fürstenfeldbruck den entsprechenden Status eines Krankenhauses mit Notfallversorgung zusprechen“, erläutert Michael Schrodi das Prozedere und ergänzt: „Bis zur Wahl wäre also der Bayerische Gesundheitsminister Holetschek (CSU) gefragt, der sich bisher zu keiner Zusage durchringen konnte. Die SPD sieht die Versorgungsnotwendigkeit für den Landkreis und ist der Überzeugung, dass die Kreisklinik Fürstenfeldbruck als Krankenhaus mit Notfallversorgung erhalten bleiben sollte.“

Darüber hinaus wird das Kreiskrankenhaus mit den vorliegenden Vorschlägen der Expertenkommission auch finanziell bessergestellt. Eigentlich, betont Schrodi, kritisiert der bayerische Gesundheitsminister Klaus Holetschek bei seinen Bedenken über die geplante Reform seine eigene Staatsregierung. Der Freistaat kommt seinen Investitionsverpflichtungen, wie zum Beispiel bei der Beschaffung neuer Geräte und bei Umbaumaßnahmen, nicht ausreichend nach. Gerade einmal 60 Prozent des errechneten Investitionsvolumens hat der Freistaat gezahlt. „Den Rest für notwendige Investitionen müssen die Krankenhäuser selbst aufbringen. Diese Gelder fehlen dann für die eigentlichen Aufgaben. Die Staatsregierung ist damit ein Treiber des Qualitätsverlustes und verschärft die Notwendigkeit von Reformen erst“, sagt Schrodi. „Ein erster wichtiger Schritt für besser ausgestattete Krankenhäuser wäre somit eine gesteigerte Beteiligung der Bayerischen Staatsregierung an der Krankenhausfinanzierung.“

Die Reformvorschläge der Expertenkommission sehen hingegen vor, bestehende Fehlanreize durch einen zu starken ökonomischen Druck und Renditeorientierung deutlich zu verringern. Die Finanzierung über Leistungs- und Mengenanreize sollen an Bedeutung verlieren. Dazu wird die



Finanzierung über Fallpauschalen, die teure Eingriffe anreizen, um eine fallmengenunabhängige Finanzierung, also die Bezahlung von Vorhaltekosten, ergänzt. Das wird, wenn dieses Reformvorhaben durch die Opposition oder die CSU in Bayern nicht wieder verwässert wird, zu einer deutlich besseren finanziellen Ausstattung und damit zu einer Stärkung des Klinikums Fürstentfeldbruck führen“, bekräftigt Schrodi.

Was ihn maßlos ärgert, ist das Gebaren der CSU. Sie verfare immer nach demselben „Populismusschema F“, das in Kalenderjahren mit einer Landtagswahl besonders gerne ausgepackt werde: „Die Debatte emotionalisieren, flächendeckend Angst schaffen, egal, ob an den Vorwürfen etwas dran ist oder nicht. Und die Verantwortung immer wegschieben“, erklärt Schrodi. Das werde aber der großen Verantwortung, die alle politisch Handelnden gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern in unserem Landkreis haben, nicht gerecht. Er wünsche sich daher eine sach- und lösungsorientierte Zusammenarbeit mit Mandatsträgern aller politischen Ebenen zum Wohle der Menschen vor Ort.